

M

MEINUNG

Tageskommentar

Im Jetzt angekommen

Patrick Kuoni
über die überfälligen
Anpassungen in der Justiz



Die Regeln an den Bündner Gerichten waren bisher starr. Auf Ausfälle konnte bis im vergangenen Jahr kaum reagiert werden, da niemand für die abwesende Magistratsperson einspringen konnte. Hier hat der Grosse Rat Abhilfe geschaffen, indem er im Jahr 2021 die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern ermöglicht hat.

Aber auch mit dieser Änderung sind die Bündner Gerichte eher rückständig organisiert. Sei dies punkto Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder was den Auftritt in der Öffentlichkeit angeht. Über die Gerichte wird zumeist nur gesprochen, wenn es Negativschlagzeilen zu vermeiden gibt. Das mag zum einen daran liegen, dass die Medien sich auf solche Geschichten eher stürzen. Aber zum anderen taten die Bündner Gerichte bisher auch nicht viel, um dieses Bild zu korrigieren. Kommuniziert wurde gegen aussen kaum.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass bei der Justizreform 3, über die am Dienstag im Grossen Rat debattiert wurde, nicht nur die Zusammenlegung der beiden höchsten Bündner Gerichte, des Kantons- und des Verwaltungsgerichtes, angepackt wurde. Sondern dass die Regierung – auch dank entsprechenden Anträgen der Justizkommission – die Gelegenheit genutzt und beim neuen Obergericht zeitgerechtere Strukturen implementiert hat. So ist künftig Teilzeitarbeit auch bei den Oberrichterinnen und Oberrichtern möglich. Weiter wird eine neue Kommunikationsstelle geschaffen, die den Zusammenschluss begleitet, aber auch die Gerichte in ein besseres Licht rücken kann. Und auch die Regionalgerichte werden transparenter – Urteile von öffentlichem Interesse sollen künftig veröffentlicht werden. Stimmt das Volk den Änderungen zu, sind auch die Bündner Gerichte in der heutigen Zeit angekommen.

Bericht Seite 5

@ Patrick Kuoni, Redaktor
patrick.kuoni@somedia.ch

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert
Chefredaktion Reto Furter (Leiter Chefredaktion), Philipp Wyss (Chefredaktor Online/Zeitung); Mitglieder der Chefredaktion: Daniel Sager (Leiter TV), Jürgen Törkott (Leiter Radio), Astrid Tschullik (Leiterin Digital)
Kundenservice/Abo Somedia, Sommerausrasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion AG
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 66 466 Exemplare, davon verkaufte Auflage 63 906 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2021)
Reichweite 142 000 Leserinnen und Leser (MACH-Basic 2022-1)
Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommerausrasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50
E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch; nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch

© Somedia

Berner Politik

EU-Sympathie-Milliarden

Magdalena Martullo*
darüber, wie das Volk
geschöpft wird



Die Angst vor einer mangelnden Gas- und Ölversorgung aus Russland lässt die Preise für Benzin, Diesel, Gas und Strom mit einschneidenden Kostenfolgen ansteigen. Die links-grüne Energiepolitik führt zusätzlich zu Unsicherheit und Verknappung. Statt über konkrete Lösungen, debattiert das Parlament über den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen der Gletscherinitiative und über Solarzellen an Lärmschutzwänden, die nur ein Promille zur Stromversorgung beitragen könnten. Die Energieversorgung ist zur Hälfte auf Öl und Gas angewiesen, und die bevorstehende Stromlücke kann nur mit Gaskraftwerken bewältigt werden. Der Ausbau der Wasserkraft ist durch links-grün blockiert, Kernkraft wird verteufelt.

Die Bevölkerung spürt die Auswirkungen der links-grünen Energiepolitik wie ein Schlag ins Gesicht. Wer auf ein Fahrzeug angewiesen ist, bezahlt inzwischen weit über zwei Franken pro Liter. Wer eine Öl- und Gasheizung be-

treibt, muss mit einem Mehrpreis von 1000 bis 2000 Franken rechnen. Auch eine Erhöhung des Strompreises um 30 Prozent wurde vom Bund in Aussicht gestellt. Die Güter des täglichen Bedarfs werden deshalb auch teurer. Für viele Familien und Betriebe wird das spürbar. Insbesondere in den Berggebieten und auf dem Land ist man oft auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen und wohnt nicht in staatlich subventionierten Komplexen. Viele wissen nicht, dass der Staat kräftig mitkassiert. Beim Strompreis sind über die Hälfte Abgaben, beim Benzin sind es über 90 Rappen pro Liter. Je höher der Preis ist, desto mehr kassiert der Staat. Die Autofahrer werden gleich doppelt und dreifach geschöpft: Neben der Mineralsteuer verlangt er einen Mineralsteuergesetz und kassiert noch Mehrwertsteuer darauf – Steuern auf den Steuern.

Die SVP kämpft als einzige Partei entschieden für eine Entlastung des Mittelstands, der durch höhere Preise, aber auch mehr staatliche Abgaben belastet wird. Leider stehen wir allein auf weiter Flur. Die sogenannten «bürgerlichen» Parteien denken nicht mehr an die Bürgerinnen und Bürger, sondern daran, wie sie ihre Ausgabenfreudigkeit in Bern finanzieren können. Derweil haben unsere Nachbarnländer die Spritpreise drastisch gesenkt und unsere Tankstellenbetreiber in den Grenz-

tälern verlieren ihre Geschäfte an den Tanktourismus ins Ausland. Der Ständerat hat am Montag die von der SVP geforderte Steuer senkung auf Treibstoff abgelehnt. Auch die Bündner Vertreter stimmten dagegen. Am Donnerstag wird die SVP mittels Vorstössen Steuer senkungen auf Treibstoffen fordern, zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Gewerbe. Allerdings ist die Hoffnung auf Unterstützung der anderen Parteien gering. Aber: Es geht nicht an, dass der Staat die hohen Energiepreise für höhere Abgaben nutzt! Wann, wenn nicht jetzt, muss er seine Begehrlichkeiten zugunsten der Bürgerinnen und Bürger reduzieren? Hier sind die meisten Parlamentarier taub. Sie genehmigten stattdessen noch mehr Geld für die Alternativenergie, welche bereits über sieben Milliarden Franken (fast zehn Prozent am Bundeshaushalt) verschlingt und eine nochmalige Milliardenzahlung an die EU ohne Gegenverpflichtung, einfach um die Beziehung «positiv zu beeinflussen»! Das grosse Geldverteilen nach Corona ist angesagt! Finanziert wird selbstverständlich alles und ohne mit der Wimper zu zucken aus Ihren Taschen.

* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung



Das gesuchte Holzgebäude gehört zum Bahnhof Bonaduz. Dieser wird seit 2004 durch den Verein Dampffreunde der RhB als Stationshalter in eigener Regie betrieben.

Bild Livia Mauerhofer

Follow me

TWEET
DES TAGES

«Mein Mann und ich suchen gerade sein Lieblingsshirt, das ich vor einem Jahr weggeschmissen habe.»

@inselsand

TOPSTORYS
ONLINE

1 **Erholung von Corona-krise:** Die Parahotellerie verzeichnet 2021 wieder mehr Übernachtungen

2 **Blutspendetag:** Das müsst ihr zum Thema Blutspenden wissen.

3 **Fussball:** Peng wechselt zu schwedischem Topklub.

WIR HATTEN
GEFRAGT

Lesen Sie Bücher
immer zu Ende?

Stand: Vortag 18 Uhr
Stimmen: 795

FRAGE
DES TAGES

Spenden Sie regelmässig Blut?

Abstimmen auf [suedostschweiz.ch](https://www.suedostschweiz.ch). Haben auch Sie eine Frage? Senden Sie Ihren Vorschlag an forum@suedostschweiz.ch

40 %
Nein60 %
Ja